



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Nationalliberalen und die Deutschfreisinnigen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

können, daß in ihrer Mitte eine anarchische Republik entsteht, welche die Nachbarstaaten revolutionisirt. Treffend hat dies aus Anlaß des Fischer'schen Zwischenfalls die Zuschrift eines ausländischen Staatsmanns an eine Schweizer Zeitung ausgeführt. Auch die besonnene öffentliche Meinung in Deutschland beginnt allmählich einzusehen, daß die Schweiz ihre nachbarlichen Pflichten gegen uns verletzt. Die deutsche Langmut ist groß, umso nachhaltiger aber auch der deutsche Borne.



Die Nationalliberalen und die Deutschfreisinnigen.



u keiner Zeit sind die Deutschfreisinnigen, die alte Fortschrittspartei, auf die Nationalliberalen so erbittert gewesen als jetzt. Es giebt kein Schmähwort, womit man einen unredlichen Abtrünnigen beehrt, das nicht seit Beginn der jetzigen Legislaturperiode gegen die vielumworbenen Freunde von ehemals gebraucht worden wäre und noch gebraucht wird. Das ist auch begreiflich. Seitdem die Nationalliberalen erfahren haben, daß sie im Bündnis mit den beiden konservativen Parteien fruchtbringend und heilsam für das Vaterland arbeiten können, steht dieses Bündnis bei ihnen fest, umso fester, als sich vieler derselben ein Widerwille gegen das Gewerbe der politischen und sozialen Brunnenvergiftung bemächtigt hat, das seit der Verquickung der „wirklich Liberalen“ mit den Sozialdemokraten einerseits und mit den Ultramontanen anderseits von den echten Fortschrittlern betrieben wird. Die Nationalliberalen aber wissen, daß diejenigen Schichten der Bevölkerung, denen sie ihr politisches Mandat verdanken, für ihr Zusammenarbeiten mit den konservativen Parteien ein volles Verständnis haben, und daß es den Deutschfreisinnigen bis jetzt unmöglich gewesen ist, die öffentliche Meinung über ihr politisches Handeln zu verwirren; auch dürfen sie aus vielen Anzeichen hoffen, daß das Verständnis für politische Dinge im Volke so bleibt; hauptsächlich aber ist eine dauernde Lossagung derselben von der Fortschrittspartei darum anzunehmen, weil es sich immer deutlicher und schärfer herausstellt, daß die Geister auf beiden Seiten, der nationalliberalen und der freisinnigen, verschieden geartet sind. Je ernster die auswärtige und die innere Lage des Vaterlandes geworden ist, desto mehr hat sich diese Verschiedenheit der Denkungsart gezeigt. Auch diese Wahrnehmung kann nur den Haß der Fortschrittspartei steigern.

Wie sehr diese Verschiedenheit des politischen Denkens vorhanden ist, wollen wir im folgenden dadurch zeigen, daß wir die Bestrebungen der Deutschfrei-

sinnigen in einigen Hauptpunkten aufweisen; und da diese Bestrebungen sich noch freier und naturwüchsig in der sessionslosen Zeit kundzugeben pflegen, als da, wo getagt wird und wo also der Hinblick auf sofortige Widerlegung den Eifer zähmt, so wollen wir die Bestrebungen des Fortschritts, wie sie sich kurze Zeit vor dem Zusammentreten des Reichstages zur laufenden Session zeigten, etwas näher betrachten. Der Leser wird sich dann selber sagen können, ob eine Partei, die, wie die nationalliberale, die Einheit und Ehre des Vaterlandes über alles stellt und die das Glück des Volkes in einer geordneten, in den Gesetzen und Sitten des Vaterlandes begründeten maßvollen und edeln Freiheit sieht, mit dem Geiste des Freisinns noch irgend einen Zusammenhang haben kann.

Vor dem Zusammentreten des Reichstages zur jetzigen Session, in der sessionslosen Zeit, gehörte zur Charakterentwicklung des Freisinns ein immer näheres Heranrücken an die Sozialdemokratie, was zuletzt derart war, daß ein Unterschied zwischen beiden Parteien in gewissen Punkten kaum noch erkennbar war. In Beziehung auf die fortschrittliche Anschauung über Landeigentum z. B. fehlt gar nichts mehr an der Erklärung: Landeigentum ist außer Wert zu setzen. So brachte die Volkszeitung in Nr. 254 des vorigen Jahrganges einen Artikel: Die Landwirtschaft „mit Verlust.“ Wenn konservative Blätter, um auf den schlimmen Stand der Landwirtschaft hinzuweisen, Thatsachen anführten, wie die, daß bei Domänenverpachtungen in Mecklenburg-Schwerin für Güter, die vordem 11600 und 6600 Mark Pacht gegeben hatten, jetzt nur 6700 und 3700 Mark erzielt worden waren, so sieht die Volkszeitung hierin einen Beweis, daß nicht mit Verlust, sondern im Gegenteil „mit Gewinn“ gearbeitet werde. Und um dies zu erweisen, fährt sie fort: „Wenn ein Gut nicht nur seinen Pächter mit einer in recht vielen Fällen zahlreichen Familie ernährt, sondern noch darüber hinaus Erträge abwirft, die der Eigentümer einstreicht, ohne daß er mehr zu thun hat, als Quittungen zu unterschreiben, so ist es geradezu eine beispiellose Unverfrorenheit, der Landwirtschaft nachzusagen, sie arbeite mit Verlust.“ Also die Landeigentümer, die ihr Gut verpachtet haben, sind „bloße Quittungsschreiber,“ deren Gerede von einem Arbeiten der Landwirtschaft mit Verlust „barer Unsinn“ ist. So lange die Landwirtschaft nicht nur denjenigen ernährt, der sie betreibt, sondern auch noch Erträge abwirft für einen, der sie nicht betreibt, so lange — meint die Volkszeitung — arbeitet die Landwirtschaft nicht mit Verlust. „Erst wenn die Eigentümer von ländlichem Grundbesitz außer Stande sein werden, Pächter zu finden, welche Pacht zahlen, ja streng genommen erst dann, wenn auch ohne die Bedingung einer Pachtzahlung sich keine Pächter mehr finden lassen, weil jedermann fürchtet, das Gut, bez. die auf ihm betriebene Landwirtschaft werde ihn nicht ernähren, erst dann wird es erlaubt sein, von einem Betriebe der Landwirtschaft »mit Verlust« zu sprechen.“

Solche Ansichten bedürfen keines Kommentars. Fehlt doch nicht viel zu

dem Ausspruche Proudhons: Eigentum ist Diebstahl. Und da verlästern die Herren noch Bismarck, wenn er ihre Partei als eine Vorfrucht für die Sozialdemokratie bezeichnet!

Mit der beschleunigten Vorwärtsbewegung, welche der Fortschritt nach seinem Gravitationspunkte hin genommen hat, hängt es zusammen, wenn denjenigen Liberalen, welche die Eile der Waschechten nicht immer teilen, gelegentlich der Text gelesen wird. Das that z. B. die Volkszeitung, die, als die Staatskunst Bismarcks die italienische Freundschaft dauernd für das europäische Friedensbündnis gewonnen hatte, es für notwendig hielt, in einem umfangreichen Zeitartikel sich „gegen die unverständliche Überschwänglichkeit [mancher Liberalen] zu wenden, mit welcher der Name des Fürsten Bismarck deshalb [wegen der segensreichen Wirkungen des Friedensbundes] verherrlicht wird.“ Die begeisterte Bewunderung, die Crispi in seiner Turiner Rede für den Fürsten Bismarck an den Tag gelegt hatte, passe vortrefflich in den Rahmen der auswärtigen Politik Crispis, und darum habe er die Farben recht stark aufgetragen; sie dagegen, die Liberalen, müßten, wenn sie nicht die Fahne des Liberalismus nur zum Scheine hoch hielten, eine Reform der deutschen Gesetze nach italienischen Mustern wünschen, aber sie ahnten nicht, „wie sehr sie diese durch ihre überschwänglichen Bismarckhymnen erschwerten.“ Das ist deutschfreisinniger Patriotismus, ein Paroxysmus der Verachtung alles Großen im Vaterlande und Herabsetzung desselben vor dem Auslande wie im Inlande. Wenn doch diese jammervolle Mörgelei an dem Verhalten der Italiener in der Massaua-Sache lernen wollte, was Liebe zum Vaterlande ist! Der Hinblick darauf könnte vielleicht besser auf ihre ganze sittliche Begriffsverwirrung wirken, als der auf die italienischen Gesetzmuster.

Welche Verwirrung der sittlichen Begriffe unter unsern fortschrittlichen Humanitätsbuslern herrscht, zeigte der Fall mit den Anarchisten in Chicago. Die vier „erklärten Gegner des Anarchismus,“ wie sich die Herren Bebel, Liebknecht, Singer und Grillenberger selbst nennen, hatten an den Gouverneur von Illinois ein Telegramm gerichtet, worin sie baten, „im Namen der Menschlichkeit das Leben der sieben Verurteilten zu schonen.“ Daß die vier Herren die Menschlichkeit zum Schutze von Unmenschen anrufen, die wegen eines feigen Verbrechens unschädlich gemacht werden sollten, darüber darf man sich nicht wundern. Aber daß auch fortschrittliche Blätter sich dazu verstiegen, die reißenden Raubtiere, in deren Herzen keine Spur von menschlichem Erbarmen wohnte, geschont zu sehen, ist doch ein starker Beitrag zur sittlichen Beurteilung dieser Partei. Die Volkszeitung fand in einem Artikel über die Bitte der Herren Bebel u., daß die gefällten Todesurteile nach der rechtlichen Seite hin sich „mit erheblichen Bedenken anfechten lassen.“ Die Beweisführung gegen die einzelnen Angeklagten „stehe auf recht schwachen Füßen, soweit es auf ihre konkrete Beteiligung an den bestimmten, mit Todesstrafen bedrohten Handlungen

ankomme.“ Es ist gut, daß die Bomben, welche im Mai vorigen Jahres bei den Verurteilten mit Beschlag belegt wurden, genau denen gleichen, welche auf dem Heumarkt in Chicago geworfen worden waren und eine Anzahl Menschen getötet hatten, und daß sie auch den amerikanischen Geschwornen eine solche „konkrete Beteiligung“ sehen ließen, daß diese es für ihr Recht, wie für ihre Pflicht erkannten, die Unholde aus der menschlichen Gesellschaft zu entfernen. Das amerikanische Rechtsgefühl wurde dadurch so wenig verletzt, daß sowohl die republikanische als die demokratische Partei in Chicago bei den im November veranstalteten Wahlen den von den Anarchisten mit dem Tode bedrohten Richter Gary, der das erste, durch alle Instanzen bestätigte Urteil über die sieben feigen Mörder sprach, mit etwa 56 000 Stimmen gegen 6000 sozialistische Stimmen als Kandidaten aufstellten. Das ist die „große Aufregung,“ die sich nach dem edeln „Organ für jedermann“ der amerikanischen Bevölkerung bemächtigt haben sollte über die Verurteilung der Sieben, und die sich „leicht aus dem regen Rechtsinn eines seit Jahrhunderten jeglicher Willkür entwöhnten und an die strengste Beobachtung der Rechtsformen gewöhnten Volkes“ erklären lasse. „Uns Deutschen — so wird weiter erzählt — ist ein solcher Rechtsinn leider noch vielfach unverständlich, in freien Völkern ist er deshalb (?) nicht weniger eine Macht, auf welche diese Völker stolzer sein dürfen, als auf 100 000 Bajonette.“ Da hast du's, liebes Deutschland, mit deinen 100 000 Bajonetten! Und wie wunderschön ist doch der Hinweis auf die amerikanischen Rechtsformen! Die Schliche, welche die amerikanische Rechtspflege zuläßt, die Bestechungen, die bei den amerikanischen Gerichten vorgekommen sind in einem Maße, daß in Amerika der Rat für richtig gehalten wird: Wenn du stehlen willst, so stiehl zwei Millionen, eine für die Richter und eine für dich selbst; die Einschlichterungen, denen die Geschwornen und Richter so häufig unterliegen und die auch in dem Anarchistenprozeß in grenzenlosem Umfange, glücklicherweise diesmal ohne Wirkung, vorgekommen sind, scheinen der holden Unschuld des „Organs für jedermann“ eine ganz unbekannte Sache zu sein. Auch das konnte dieses Organ in seiner „Menschlichkeit“ nicht irre machen, daß die verurteilten Mörder noch zum zweiten male einen Massenmord geplant hatten, der am Tage ihrer Hinrichtung stattfinden sollte und nur durch die zufällige Entdeckung der verborgnen Bomben verhindert worden war.

Die Beurteilung des Falles in Chicago ist aber auch charakteristisch für die staatsmännischen Fähigkeiten der Gelehrten von der Volkszeitung. Auch vom politischen Möglichkeitsstandpunkte aus sollte die Hinrichtung der Anarchisten verwerflich sein, denn „die ebenso nichtswürdige als wahnsinnige Kriegsweise der Letztern erhielt eine ihr bis jetzt glücklicherweise noch gänzlich fehlende Weihe, wenn die bestehende Gesellschaft diese Kampfesweise einfach annähme.“ Das freisinnige Organ sieht also in den erbarmungslosen Attentaten auf die gesittete Gesellschaft nur eine nichtswürdige und wahnsinnige Kriegsweise, und

wenn ein Geschwornenverdict die menschliche Gesellschaft in Zukunft vor menschlichen Tigern bewahren will, so bekommen diese für ihre Kriegsweise „die fehlende Weihe.“ Leute, die dem Grundsatz Moßs huldigen: „Wenn man die heutige Welt nicht aus den Angeln heben kann, so wird man sie mit Dynamit sprengen,“ Leute, die „keinen Respekt vor irgend einer Sache oder Person haben,“ sondern „ohne weiteren Lärm zum thatkräftigen Handeln schreiten,“ Leute, die in jedem gesitteten Menschen „eine Ordnungsbestie“ sehen, die zu vernichten ist, sobald „wir die Möglichkeit erspähen, sie zu vernichten,“ solche Subjekte „im Namen der Menschlichkeit“ oder auch wegen juristischer Zwirnsfäden ihrem verdienten Schicksale entreißen wollen, zeigt eine zweifelloße Verirrung aller sittlichen Begriffe, in der selbst die Erkenntnis erstorben ist, daß es das erste Gebot der Menschlichkeit ist, die Unschuldigen vor Mord zu behüten. Sagen wir zu viel, wenn wir die Nationalliberalen für zu gut halten, als daß sie mit diesem „Deutschfreisinn“ je zusammen arbeiten könnten?

Das sittliche Pathos, mit dem die Volkszeitung den Beweis der Schuld in dem Anarchistenfall nicht erbracht sah, war ungefähr von derselben Güte wie das, welches sie in dem Caffarel-Limousin-Wilson-Skandal entwickelte, als sie in der Aufwühlung dieses Schmutzes eine hochanzuerkennende Reaktion des demokratischen Gewissens gegen die vorangegangene Fäulnis des Kaiserreiches sah, oder auch, wie sie sich wiederum ausdrückte, „der unverdorbenen Plebejer der Republik gegen die aristokratischen Reste des Kaisertums.“ Der alte Demokrat Grevy gehört wahrscheinlich auch zu den verfaulten Aristokraten des Kaiserreichs! Daß sie alle von derselben Sorte sind, Kaiserliche wie Republikaner, die in diesem Prozesse eine Rolle spielen, daß die republikanischen Gerichte, sowie die Polizei und die Regierung Grevys um keinen Deut besser dastehen als die napoleonischen, ist der Volkszeitung eine unliebsame Thatsache, die womöglich weggeleugnet werden muß. Später kam ihr einmal im Verlaufe dieses ganzen Handels der Gedanke, daß doch die französische Republik „von dem Bilde eines europäischen Musterstaates noch recht sehr weit entfernt“ sei. Sie trage mehr „die Etikette eines demokratischen Staatswesens.“ Aber, meint das edle Blatt, wenn die Franzosen in derselben Weise herüberschießen wollten, wie wir hinüberschießen, so wäre es doch sehr fraglich, wer dabei den kürzern zöge. Darum will es nicht, daß wir uns als „pharisäische Tugendhelden über die Franzosen aufspielen.“ Denn das Vergnügen ist gar nicht so unschuldig, in Wirklichkeit ist es nur eine Waffe der Reaktion. „Die Heranziehung des Größenwahnes, als ob eine bestimmte Nation ein auserwähltes und bevorzugtes Volk sei, muß eben diese Nation bis in Mark und Knochen verderben.“ Die Volkszeitung kann das allerdings ganz genau wissen, da sie mit dem „auserwählten Volke“ auf sehr vertrautem Fuße steht. Die Franzosen dagegen sind „besser als ihr Ruf.“ Die große Masse des französischen Volkes ist an den Skandalen bei ihnen „mindestens nicht entfernt ebenso beteiligt, wie beispielsweise

die große Masse des deutschen Volkes leider an dem infamen Denunziantentum beteiligt ist, welches die deutsche Gegenwart in so unrühmlicher Weise vor fast allen andern geschichtlichen Epochen kennzeichnet." Natürlich: Es giebt gar kein infameres Denunziantentum in der ganzen Geschichte als das des deutschen Volkes, seit jener Zeit, wo es durch die Wahlen erklärte, daß es von dem edeln Fortschritt nichts mehr wissen will.

Diese Erklärung wird aber noch verschärft werden, wenn erst einmal das arbeitende Volk die Stellung durchschaut, welche die Freisinnigen zur Sozialreform einnehmen. Hier wird die Hohlheit der Partei nicht nur, sondern auch der Hohn, mit dem sie die ernstesten Fragen behandeln, schließlich auch für die zu Tage treten, deren Auge bis jetzt durch Phrasennebel verdunkelt worden ist. Weiß Geistes-Kind ist doch auch hier der Freisinn! Nachdem die Grundzüge zur Alters- und Invalidenversorgung erschienen waren, sah diese selbe Volkszeitung, die so laut das Wort für die Partei führt, in ihnen ein Objekt, auf das, wie auf kein andres, die Worte paßten: Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus. Da sollte in altenmässiger Nüchternheit vorliegen, daß die Alters- und Invalidenrente zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel wäre. Etwas hatte sich das Urteil der Partei doch geändert; denn die Freisinnige Zeitung hatte früher entdeckt, daß die Rente auch zum Sterben „nicht zu viel“ wäre. Was doch die Herren vom Fortschritt auf ihrem hohen Pferde alles wissen! Daß 120 bzw. 250 Mark eine Summe sind, die zumal in kleinern Flecken und auf dem Lande bedeutend im Haushalt mitzählt, daß unendlich viele Haushalte den alten oder invaliden Mann gern dafür aufnehmen; daß dieser zumal auf dem Lande dabei noch mancherlei Beschäftigung und Verdienst finden wird und die ganze Einrichtung dazu dienen kann, manchen zu einer Rückwanderung aus den großen Städten aufs Land zu bestimmen, wo ihm Wiedergesundung an Leib und Seele möglich ist; daß die Maßregel aus solchen und andern Gründen überhaupt mächtig zur Lösung der sozialen Frage beitragen kann, das soll nun einmal nicht gelten. In dieser Alters- und Invalidenversorgung sieht der Fortschritt vielmehr nur ein lumpiges Geschenk, um „deswillen sich die deutschen Arbeiter einverstanden erklären sollen mit dem Verlust der Preß- und Vereins-, mit der polizeilichen Einschränkung der Koalitionsfreiheit.“ Mit all diesen schönen Freiheiten, die übrigens kein Mensch dem Arbeiter, der zugleich deutscher Staatsbürger sein will, je zu nehmen beabsichtigt, mit ihnen soll sich dieser die Taube vom Dache holen und den Sperling in der Hand lassen. Denn die Taube sitzt auf dem Dache, „nicht, weil sie an sich unerreichbar ist, sondern weil die Hände der deutschen Arbeiter durch lästige Fesseln gehindert werden.“ Natürlich, die Gewerksvereine werden nicht in ihrer Glorie gewürdigt. Aber trotz aller hämischen Witzelien Richters und seiner freisinnigen Genossen über die „Pfennigrentner“ wird sich doch der großartige Zug des ganzen Unternehmens auch im Volke immer mehr geltend machen, und

der Kaiser immer mehr, wie die preußischen Könige von je, als der Anwalt der Armen und Gedrückten erkannt werden, wenn von zwölf Millionen deutscher Arbeiter die drückendsten Sorgen, welche Alters- und Erwerbsunfähigkeit mit sich bringt, genommen werden. Das ungeheure Werk mag auf den ersten Anlauf nicht ganz gelingen; wie könnte eine so weitgreifende Verwaltung mit ihren Schiedsgerichten, ihrer Arbeitervertretung, ihrer Geschäftsordnung, beim Mangel aller Erfahrung sofort und ohne alle Fehlgriiffe sicher arbeiten! Trotz alledem wird die Nachwelt staunen, wie über diese ganze soziale Reform, so insbesondre über die kurze Zeit, in welcher sie trotz aller erdentlichen Hindernisse von seiten der Gegner in ihren wesentlichen Grundzügen fertig gebracht und in Thätigkeit gesetzt worden ist. Noch sind es nicht sieben Jahre her, daß an jenem 17. November die Botschaft des Kaisers seinen Wunsch und Willen in Betreff einer sozialen Reform dem deutschen Volke verkündigte, und schon wird das große Werk bald zu einem wichtigen Abschluß kommen. Der deutsche Arbeiter wird für die Zeit seines Alters ein Recht auf eine Rente haben, für welche Kinder und Angehörige und ebenso Fremde ihn mit Freuden in ihrem Hause aufnehmen. Besonders aber, wir weisen darauf noch einmal hin, läßt sich der Einfluß auf die ganzen sozialen Verhältnisse, so z. B. auf das des Landlebens, gar nicht genug ermessen, wenn sich die Invaliden der Arbeit und unsre Arbeiter in ihren späten Tagen entschließen, ihren Aufenthalt aus den Städten aufs Land zu verlegen.

An dieser großen Reformarbeit haben die Nationalliberalen bis jetzt aufs treueste mitgeholfen; sie haben mitgeholfen in dem Bewußtsein, daß, wie neulich der Abgeordnete Schellhäuser hervorhob, eine solche Reform noch zu keiner Zeit und bei keinem Volke in solchem Umfange in Angriff genommen worden ist als wie vom Kaiser Wilhelm und seiner Regierung. Dagegen hat der Fortschritt bis jetzt von Anfang an seine Aufgabe darin gesehen, dem großen Werke hindernd in den Weg zu treten. Auch hier stehen die Freisinnigen auf dem Standpunkte Bebel's, der die Sozialreform des deutschen Reiches eine staatssozialistische Maske nennt. Wenn aber die arbeitenden Klassen endlich, wie zu hoffen steht, trotz aller Agitation erkennen, daß durch die Fürsorge ihres Kaisers bei Unfall und Krankheit, bei Invalidität und im Alter die schwerste Not gebannt worden ist, daß dagegen der Freisinn nur Steine bot statt Brot, dann werden diese Herren wohl auf all ihren lärmenden Spul noch mehr als bisher den Ruf zu hören bekommen:

In die Ecke,
Besen! Besen!
Seids gewesen!

